

Am Falle höherer Gewalt erfolgt jede Veröffentlichung auf  
Befehl des Reichs- oder Landes-Verwaltungsamtes und durch  
Bestellung von Sachverständigen. Für unrichtlich und durch  
Verbreitung übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine  
Verantwortung. Unentgeltlich einsehbar und mit Rückporto  
nicht verleihe. Verantwortlich: Dr. Josef Albert, Dresden  
Hauptredaktion: Dr. Josef Albert, Dresden

# Sächsische Volkszeitung

Tageszeitung für christliche Politik und Kultur

Verständnisse der Sächsischen Volkszeitung mit  
Frank und die lang. Familien-Verständnisse  
Dresden-Bl. 16. Gabelstraße 46. Fernruf 3.722. Ver-  
schöpfung Dresden 14.97

• Unterhaltung und Wissen • Die Welt der Frau • Das neue Leben •

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung  
Dresden - Bl. 16. Gabelstraße 46. Fernruf 3.722  
und 13539

## Dr. v. Kahr

Nachdem seit längerer Zeit des öfteren vom Rücktritt Kahr's,  
Lössow's und Seiger's die Rede war, traf gestern aus München  
die Meldung ein, daß der lang erwartete Rücktritt des General-  
staatskommissars Kahr und des Generalstaatskommissars Lössow  
nach einer amtlichen Mitteilung fanden in den letzten Tagen der  
vergangenen Woche in Berlin Verhandlungen zwischen dem Reichs-  
regierung über die Verlegung des Reichstages statt. Die  
sachlichen Streitpunkte waren in seit längerer Zeit schon erledigt  
und es bedurfte nur noch der formalen Regelung der Angelegen-  
heit. Die Reichsregierung ist der bayerischen Regierung entgegen-  
gekommen, indem sie für die Zukunft bei der Abfertigung des Lan-  
deskommandanten sich mit der bayerischen Regierung ins Beneh-  
men setzen will und in Aussicht stellt, den begründeten Wünschen  
Bayerns Rechnung zu tragen. Bei der Verwendung bayerischer  
Truppen innerhalb des Landes soll die bayerische Regierung mög-  
lichst vorher gehört werden. Von außerordentlicher Bedeutung  
ist die Forderung der Lebensformel, die nunmehr nicht nur die  
Verfassung des Deutschen Reiches, sondern auch die des jeweiligen  
Bundesstaates nennt. Mit dieser Vereinbarung ist das Einver-  
nehmen zwischen Reichsregierung und der bayerischen Regierung  
nun auch nach außen hin wieder hergestellt. Die Inoffizielle  
des bayerischen Teiles der Reichsregierung auf die bayerische Regierung  
entfällt noch amtlicher bayerischer Mitteilung ebenfalls. Man  
wird sich über die erfolgte Einigung zwischen Bayern und dem  
Reich freuen dürfen und der Hoffnung Ausdruck geben, daß für  
die Zukunft ähnliche unangenehme Streitigkeiten vermieden wer-  
den. Es ist nicht ein reiner Zufall, daß der Rücktritt des Ge-  
neralstaatskommissars von Kahr und des General's von Lössow  
zeitlich mit der Veröffentlichung der Vereinbarung der bayerischen  
Staatsregierung mit dem Reich zusammenfällt. Generalstaats-  
kommissar von Kahr, dem guter Wille nicht abgesprochen werden  
kann, trägt sicherlich ein reichliches Maß von Schuld an den Ver-  
wicklungen Bayerns mit dem Reich wie auch an der Unordnung  
in Bayern selbst. Am politischen Leben tauchte Kahr auf, als  
nach dem Marschall in Berlin in Bayern die sozialdemokrati-  
sche Regierung Hoffmann gestürzt wurde. Kahr übernahm da-  
mals die Regierung und es war lange Zeit hindurch die Hoffnung  
aller rechtsgerichteten Kreise. Der größte Konflikt mit dem Reich  
entstand über die Einwohnerversuche. Kahr hatte sich damals in  
einer seinem Charakter entsprechenden Art so sehr auf das Fest-  
halten an die Einwohnerversuche verfaßt, daß er von dem weit-  
aus größten Teil der bayerischen Volkspartei fallen gelassen  
wurde. Man wollte ihn wieder und machte ihn zum General-  
staatskommissar, als ein Ruf nach Dillers und seiner Anhänger  
drohte. Die Ernennung zum Generalstaatskommissar erfolgte,  
weil man die Hoffnung hatte, Kahr habe sozial einfluß auf die  
Anhänger Dillers, daß er sie von einem unheimlichen Putsch zu-  
rückhalten könne. Dies gelang ihm zum ersten Male. Doch der  
erwünschte rückfällige Kahr war zwar sehr energisch gegen links,  
aber die Behandlungsmethode der Dillersanhänger war nicht geeignet,  
diesem Mißtrauen ein Ende zu machen. Es folgte der berühmte  
Putsch vom November des vorigen Jahres. Über Kahr's Schuld  
oder Unschuld an diesen Dingen wird erst nach dem Dillers-Prozess  
genauer gesagt werden können. So viel steht jedenfalls fest,  
daß der Putsch nicht gekommen wäre, wenn Kahr frühzeitig klar  
und bestimmt gegen alle gewalttätigen Versuche zur Wende-  
berung der gegenwärtigen staatsrechtlichen Zustände in Deutschland und  
in Bayern aufgetreten wäre. Doch er das nicht getan hat, daß er  
mit der Gefahr spielte, ist seine Schuld. Auch über die Ver-  
fälle im Pöbelverdräng-Berlin in München ist das letzte Wort noch  
nicht gesprochen. Kahr's Haltung war hierbei sicherlich nicht die  
eines Helfen. Vielleicht mag er die Gefahr übersehen haben  
und diese Übersehenheit für sich die Pflicht abgelehnt ha-  
ben, in der Vermeidung mitzumachen, um sie in die rechte Bahn  
zu lenken, wenn sie schon einmal nicht ganz unterdrückt werden  
könne.

Die Folge dieser Ereignisse war, daß es um Kahr immer  
einstimmiger wurde. Wenn man sich wundert, daß der Generalstaats-  
kommissar nicht schon früher zurückgetreten ist, obwohl auch die  
bayerische Volkspartei sich immer stärker gegen ihn verhielt, so ist  
zu bedenken, daß der Rücktritt Kahr's gleich nach den Verhand-  
lungen von der bayerischen Volkspartei deswegen nicht verlangt  
wurde, weil sich gegen Kahr die mächtigsten und geschäftigsten An-  
griffe der Deutschradikalen und der Nationalsozialisten richteten.  
Hätte die bayerische Volkspartei damals den Rücktritt Kahr's ge-  
fordert, so hätte dies im Land als eine Verbanung vor den Na-  
tionalsozialisten angesehen werden können. In den Monaten seit  
dem mißlungenen Dillers-Putsch suchte Kahr wieder die verlorenen  
Popularität zu gewinnen. Vergeblich! Die Rechte misstrauten  
ihm und die bayerische Volkspartei, die Partei, der er anhebt,  
wollte einen dritten Versuch mit Kahr jedenfalls nicht mehr wa-  
gen. Man hätte erkannt, daß er mehr ein Schädler, denn ein  
guter Kopf sei. So tritt nun Kahr von der politischen Bühne  
ab, man kann sagen, ohne daß er irgendwas bedauert wird. Eine  
gerechte Geschichtsbücherei wird später vielleicht die guten Sei-  
ten, die er immerhin hatte, besser zu würdigen wissen, die ausen-  
tlich durch die Schattenseiten überant werden. Kahr war ein  
schlichter Penner, aber es fehlte ihm der Weitblick des Politikers.  
Er suchte die Energie zu erleben durch Starrköpfigkeit. Auch  
bessere Leute als Kahr wären an den ungeheueren Aufgaben, die er  
übernommen hatte, gescheitert.

## Ausgleich zwischen Bayern und Reich

Berlin, 19. Februar. Zur Erledigung der sachlichen Streit-  
punkte zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung  
über den Vollzug des Reichswehrgesetzes wurde in den letzten  
Tagen zwischen den beiden Regierungen folgendes vereinbart:  
Uebereinstimmung bestand, daß durch die Lösung des gegen-  
wärtigen Falles die Bestimmungen der Reichsverfassung und des  
Wehrgesetzes über die Einheit des Reichsheeres und die Einheit-

## Macdonald und der Völkerbund

Eine Delegation des Völkerbundes bei Macdonald — Der unaufhaltbare Sturz des Franken —  
Das wiederhergestellte Einvernehmen zwischen Bayern und dem Reich

### Der Aufbau des Völkerbundes

London, 19. Februar. (Drahtbericht.) Macdonald hat  
gestern eine Delegation des Völkerbundes empfangen. Die De-  
legation hat den Ministerpräsidenten, dahin zu wirken, daß die  
Machtbefugnisse zur Regelung der internationalen Probleme und  
Streitfälle erneuert werden. Macdonald hat sich in bezug auf  
diesem Stande geäußert.

London, 19. Februar. Der Premierminister Macdonald  
hat eine Abordnung der Liga für den Völkerbund empfangen,  
darunter Viscount Cecil und Prof. Gilbert Murray. Dieser  
führte in einer Ansprache aus, ohne eine Mitwirkung Deut-  
lands sei das gesamte Werk des Völkerbundes, um nur das  
wenigste zu sagen, den nachteiligsten Verhältnissen ausgesetzt.  
Macdonald sagte in seiner Antwort u. a.: Wir können weder hin-  
sichtlich der Frage des Völkerbundes, noch hinsichtlich irgendwelcher  
anderen Frage in übereilter Weise Ergebnisse erzielen. Unsere  
gemeinsame Auffassung ist, daß die Frage des Völkerbundes mit  
den übrigen Fragen unserer nationalen Politik in Uebereinstim-  
mung gebracht werden muß.

### Der neue Frankensturz

Berlin, 19. Februar. In Paris wurde das Pfund Sterling  
zum ersten Male mit mehr als hundert französischen Franken be-  
zahlt. Die Kursnotierungen der Banken waren von großen Men-  
schenmengen umlagert. Auch in London und Amsterdam lag der  
Franken abgeflacht. Die Mark notierte in Remont unverändert  
mit einer Parität von etwa 4,58 Mark, jedoch kann von Umsätzen  
keine Rede sein. In London ist die Mark etwas fester gewesen.  
Man zahlte 19 Millionen für das Pfund gegen 19,5 Millionen  
am Vortage. Die schon gestern mehr und mehr verklärte Zu-  
rückhaltung auf dem Effektenmarkte hält an, zumal das Publikum  
weiterhin nicht daran denkt, sich mit Käufen zu beteiligen. Bedeu-  
tlich einige Gruppen von Papieren, so a. B. Versicherungsgesell-  
schaften, scheinen heute etwas mehr gefragt zu sein.

### Aufregende Debatte in der französischen Kammer

Paris, 19. Februar. In der gestrigen Kammerdebatte ent-  
wickelte der Abgeordnete Taine als Amendement zu Artikel 3  
einen Antrag auf Einführung einer besonderen Steuer  
auf sämtliche bereits zur Auszahlung gelangten Wiederaufbau-  
entschädigungen. Er sagte hierzu, er verlange vor allem die  
unrechtmäßigen Gewinne damit zu erfüllen, die die Schaden-  
erfahrenen durch den zerstörten systematisch aufkaufen und mit  
ihnen einen schamhaften Handel getrieben hätten. Nach einem  
Wortwechsel mit dem Berichterstatter der Finanzkommission  
Volanowski erklärte der Redner sich mit der Abtrennung eines  
Amendements von der Regierungsvorlage einverstanden, verlangte  
aber, daß sein Projekt der Finanzkommission zur Behandlung  
überwiesen werde. Poincaré: Die Regierung hat nichts da-  
gegen einzuwenden unter der formellen Bedingung, daß die  
Prüfung dieses Projektes nicht als eine Zustimmung von unse-  
rer Seite angesehen wird. Volanowski erwiderte Herrn Tai-  
ne auf sein Amendement ohne weiteres zu verzichten. Die Ge-  
richte, so sagt er, schreiben und unsere Willkür vor. Das  
entscheidende Wort hat 100 Franken überlegen. (Lebhafter Beifall.)  
Taine: Das ist Ihre Schuld. (Lebhafter Beifall.) Ihre Projekte haben den Sturz des Franken herbeigeführt.  
Poincaré: Unser Volkshatler weisen nachdrücklich auf  
Notwendigkeit einer raschen Aufnahme des Projektes hin. Tai-  
ne: Nein, das sind die Bankiers, die Sie zu Ihren Maßregeln  
machten und die Sie kreischern (Aufschreie.) Volanowski:  
Ihre Opposition überrascht mich nicht. Sie sind, genau wie die  
Kommunisten ein Feind der Regierung. (Taubet in Royalist. Die  
Red.) Taubet springt bei diesen Worten erregt auf und ergeht  
sich in heftigen Angriffen gegen Volanowski. Der Lärm wird  
immer größer. Man vermutet nur die Worte: Ich verleihe  
Ahnern, mit Lektoren in Patriottismus zu erlösen. Nach einer  
Werteilung beschwichtigten sich die Gemüter und die Sitzung  
griff weiter. Von kommunistischer Seite werden noch eine Reihe

Amendements eingebracht, die die Kammer aber alle mit einer  
durchschnittlichen Mehrheit von 400 gegen 70 Stimmen ver-  
weist. Schließlich ergreift Poincaré das Wort und macht dem  
Kommunisten in schärfer Weise ihre Unklarheiten zum Vor-  
wurf. Nach zweistündiger Unterbrechung treten die Abgeordneten  
um 9 Uhr abends zu einer Nachsitzung zusammen.

Paris, 19. Februar. Im Vorlaufe der Nachsitzung wurde  
von verschiedenen Abgeordneten eine Reihe von Amendements  
eingebracht. Der Abg. Roumer beantragte, daß der Artikel  
betr. die zwanzigprozentige Steuerbefreiung zeitlich nach Auslieferung  
der Kriegslieferungen in Kraft trete. Der Antrag gibt zu einer  
lebhaften Debatte über diese Forderung Anlaß. An ihr beteiligten  
sich insbesondere der Abg. Taubet. Er rief: Die Arbeitslosen-  
frage muß durch die Zurückhaltung, die die Regierung in dieser Frage  
gezeigt hat, gelöst. (Lebhafter Beifall rechts.) Poincaré:  
Diese Forderung ist grundsätzlich nicht abzuwehren, um das  
das Wort ergreifen, um die Zustimmung über das von der Kammer  
angenommene Projekt zu beschleunigen. Taubet: „Kamman und  
Berthelot haben gestimmt, man hat ihnen aber ihre Willkür  
gelassen.“ (Bewegung.) Poincaré antwortet im gereizten Tone.  
Der Abg. Roumer erwidert daran, daß Berthelot während  
im Februar 1922 ihm in seiner Eigenschaft als Justizminister  
die in die Tagesordnung des Senats eingeschriebene Frage der  
Kriegslieferungen aus unbekannten Gründen zurückzog. Roumer  
fährt fort: „Man hat nicht das Recht, von der Kammer neue  
Steuern in der Höhe von 7 bis 8 Prozent zu verlangen, bevor  
nicht die Kriegsgewinnsteuer gesungen werden, die einschneidenden  
Verträge herauszugeben.“

Es kam dann zu einem lebhaften Zusammenstoß zwischen  
dem Prinzen Marc und dem Abg. Clakert, der den früheren  
Minister des Innern Kail, der in die Kammer nicht wieder-  
gewählt wurde, in Schik nimmt. Ein besonders heftiger Angriff  
auf die Finanzpolitik der Regierung wird im weiteren Verlauf  
der Sitzung von dem Abg. Taitel unterbreitet: „Wen-  
den Sie den wirklich, daß, sobald das doppelte Reichtum zur An-  
nahme gelangt, das gesamte Pfund seine Aufrechterhaltung  
unterbricht? Das glauben Sie doch ebenso wenig wie ich selber.  
Was mich anbetrifft, so bin ich bisher der Regierung geblieben.  
Ich bitte Sie aber dringend, das Amendement Roumer's anzu-  
nehmen.“ (Lebhafter Beifall.) Poincaré: Die Regierung weiß  
den Vorschlag des Herrn Taitel zurück, weil er zu neuen Ver-  
änderungen Anlaß geben will.“ Roumer: „Wir bitten Sie,  
nicht dieselbe Haltung einnehmen zu wollen, wie anfänglich der  
Unfallsteuer.“ Poincaré: „Diese beiden Herren sind von  
einander völlig verschieden. Ich bin durchaus bereit, was die  
Kriegslieferungen anbelangt, ein entsprechendes Motiv der Steuer-  
maßnahmen zu beschleunigen. Finanzielle Schwierigkeiten, die im  
vorliegenden Regierungsprojekt eingeschrieben sind, tun aus aber  
dringend und ich muß die Annahme des Projektes dringend  
verweigern.“

Poincaré stellt die Vertrauensfrage. Das Amendement  
des Abg. Roumer wurde mit 400 gegen 223 Stimmen ab-  
gelehnt. Die Mehrheit Poincaré's ist also auf 77 gefallen. Das  
ist die schwächste Jiffer, die er je zu verzeichnen hatte. Im weite-  
ren Verlaufe der Sitzung befragt der Abg. Coatin eine neue  
Verteilung der Einkommensteuer. Das Amendement wurde ver-  
worfen. — Die Annahme des Amendements Galtford-Painel  
wird mit 203 gegen 226 Stimmen beschloffen. Schließlich ent-  
wickelt Tardieu einen Antrag, wonach die Hälfte der Ver-  
kaufsteuern durch Aufhebung des doppelten Reichtums ersetzt  
werden soll. Die Regierung stellt die Vertrauensfrage.  
Der Antrag Tardieu wird mit 223 gegen 210 Stimmen ver-  
worfen. Das doppelte Reichtum wird dann schließlich nach Ab-  
stimmung über die einzelnen Teile mit 315 gegen 251 angenommen.  
— Die Sitzung wird um 3.45 Uhr, nachdem der gesamte Ar-  
tikel 3 zur Annahme gelangt, aufgehoben.

### Dr. Schacht vor den Sachverständigen

Paris, 19. Februar. Dr. Schacht ist gestern nachmittag von  
dem Währungsamt des ersten Komitees gehört worden. Im  
Verlaufe der mehr als zweieinhalbstündigen Sitzung sind haupt-  
sächlich Fragen, betreffend die Gründung der Goldnotbank und  
ihre Statuten zur Sprache gekommen. Heute nachmittag wird  
sich der Reichsbankpräsident wieder vor dem Ausschuss einfinden.  
Da der Unterausschuss für Währungsfragen mit seine Arbeiten  
schon recht weit vorgeschritten ist, wird er sich, wie man annimmt,  
an den Arbeiten des Unterausschusses für Budgetfragen be-  
teiligen. Alles Ansehen nach dürfte diesen die Frage der deutschen  
Eisenbahnen übergeben werden. Das Komitee Mac Kenna  
hat gestern die Rechte seiner sachlichen Mitarbeiter entzogen  
genommen. Am Freitag tritt der Ausschuss wieder zusammen.  
Der Ausschuss Dawes beschäftigt sich mit der Frage des deut-  
schen Staatshaushaltes. Gleichzeitig hat er den Betrag erhöht,

helfen des Oberbefehls nicht berührt werden. In diesem Rah-  
men soll

- a) künftig auch bei der Abfertigung des Landeskommandanten  
mit der bayerischen Regierung ins Benehmen getreten und  
dabei ihren begründeten Wünschen möglichst Rechnung  
getragen werden;
- b) bei der Verwendung bayerischer Truppen außerhalb des  
Landes die bayerische Regierung möglichst vorher  
berücksichtigt und dabei den bayerischen Belangen gebührend  
Rücksicht zuteil werden, insbesondere hinsichtlich der inneren  
Sicherheit des Landes;
- c) die Lebensformel der gesamten Wehrmacht  
zur Vermeidung von Uneinigkeit folgende Fassung er-

halten: Ich schwöre Treue der Verfassung des Deutschen  
Reiches und meines Heimatlandes, und gelobe, als tapferer  
Soldat mein Vaterland und seine gesetzmäßigen Einrichtun-  
gen jederzeit zu schützen und dem Reichspräsidenten und  
meinen Vorgesetzten Gehorsam zu leisten.

Durch vorstehende Vereinbarungen wird der Behandlung  
weiterer, in der bayerischen Denkschrift enthaltener Wünsche  
nicht vorzueilen. Durch diese Vereinbarungen ist das Ein-  
vernehmen zwischen der Reichsregierung und der bayerischen  
Staatsregierung wieder hergestellt und die Inoffizielle  
des bayerischen Teiles der Reichswehr auf die bayerische Regierung  
vom 22. Oktober 1923 entfallen.